

MAGAZIN



FEINDBILD WOLF

HERDENSCHUTZ STATT ABSCHUSS

AKTUELLES

Erneuerbare Energie für Datteln

Unnötige Atomtransporte

Natürlicher Hochwasserschutz

Foto: Saipg/iStock

BUND KLAGT GEGEN ABSCHUSS

FEINDBILD WOLF

Kaum ist der Wolf wieder bei uns heimisch geworden, erfolgt der Ruf nach dem Abschuss vermeintlicher "Problemwölfe". Dabei ist das kein tauglicher Beitrag zur Konfliktlösung.



**CHRISTINE
THIEL-BENDER**

ist Artenschutzreferentin des
BUND NRW

Die Bestätigung eines Wolfrudels auf einem militärischen Übungsplatz in der Oberlausitz im Jahr 2000 war eine Sensation. Mittlerweile leben wieder mehr als 1.300 Wölfe in Deutschland. Auch in Nordrhein-Westfalen. Zuletzt drohte der Wölfin Gloria die "letale Entnahme".

RÜCKKEHRER WOLF

Im Jahr 2000 vermehrten sich zum ersten Mal wieder erfolgreich Wölfe in Deutschland, nachdem sie hier als Konkurrenten der Nutztierhalter spätestens um 1900 vollständig ausgerottet worden waren. Laut Bundesamt für Naturschutz gab es im Monitoringjahr 2022/2023 in Deutschland 184 Wolfsrudel, 47 Paare und 22 Einzelwölfe, in der Summe 253 Wolfs-Territorien und insgesamt 1.339 Wolfsindividuen. Der Schwerpunkt der Verbreitung umfasst die Bundesländer Brandenburg (52), gefolgt von Niedersachsen (39) und Sachsen (38). Das Saarland ist das einzige Bundesland, in dem es keine Wolfsnachweise gibt. Im Jahr 2022 wurden 147 tote Wölfe aufgefunden, wovon 111 durch Verkehrsunfälle ums Leben kamen.

In NRW wurden für das Monitoringjahr 2022/23, wie in dem davor, fünf Territorien registriert. Darunter gibt es nur ein Rudel mit Jungtieren in der Förderkulisse "Westmünsterland".

Stand Oktober 2023 gibt es sieben ausgewiesene sogenannte "Förderkulissen" in NRW. Diese sind besetzt mit je einem Rudel in "Westmünsterland" und "Oberbergisches Land". In den anderen Territorien leben Einzeltiere. An Nordrhein-Westfalen angrenzend gibt es ein belgisches Wolfs-



rudel mit Jungtieren, welches ab und zu auch in der Förderkulisse "Eifel - Hohes Venn" umherstreift. In Förderkulissen und Pufferzonen des Landes NRW werden Schutzmaßnahmen wie Elektrozäune etc. vom Land gefördert und ab 100 Schafen werden auch zwei Herdenschutzhunde finanziert. Deren Anschaffungskosten liegen pro ausgebildetem Hund bei rund 5.000 Euro. Dies ist Teil der 'Förderrichtlinie Wolf' des Landes.

Im Managementplan sind die vorgesehenen Handlungsabläufe zum Vorgehen bei Hinweisen auf Wölfe vorgegeben. Er legt zudem konkrete Zuständigkeiten fest, benennt Ansprechpartner*innen vor Ort und erläutert die erforderlichen Maßnahmen im Konflikt- oder Schadensfall. So ist dort auch der Fall einer "letalen Entnahme", eines Abschusses, geregelt.

BUND VERHINDERT ABSCHUSS

Genau dieser Abschuss wurde in diesem Winter für die Wölfin Gloria durch den Kreis Wesel geplant. Gegen die erlassene Allgemeinverfügung zum Abschuss bis zu zweier Wölfe hat der BUND Ende Dezember 2023 Klage eingereicht. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat dem BUND-Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage am



Foto: Marcus Bösch

Derzeit tummeln sich in NRWs Landschaften etwa 15 Wölfe, inklusive aller Grenzgänger und Wanderwölfe. Derzeit sorgt nur die Wölfin Gloria für Wolfsnachwuchs im Westmünsterland. Ausgerechnet sie soll erschossen werden.

MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wolf



woblick.info/graefiken Monitoringjahr 2022/23 Quelle: Landesamt für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz Nordrhein Westfalen

17. Januar stattgegeben. Somit darf die Wölfin bis auf Weiteres nicht abgeschossen werden. Das Gericht unterstützt unsere Ansicht, dass Gloria wie auch die anderen Wölfe eindeutig von wilden Tieren lebt und sich eben nicht auf Nutztiere spezialisiert hat. Daher sei auch kein erheblicher wirtschaftlicher Schaden zu erwarten. Ferner sei nicht erkennbar, dass Tierhaltern mit kleinen Herden von 11-40 Tieren Herdenschutzmaßnahmen nicht zuzumuten wären.

MANGELHAFTER HERDENSCHUTZ

So ist es umso wichtiger, nun auch in NRW einen konstruktiven Weg einzuschlagen, um die Koexistenz mit der wertvollen Weidewirtschaft zu ermöglichen. Der immer noch fehlende oder fehlerhafte Herdenschutz macht es den Wölfen leicht, Nutztiere zu attackieren. Solange sich Tierhalter weiterhin weigern, den notwendigen und öffentlich geförderten Herdenschutz in Anspruch zu nehmen, wird es auch weiterhin Nutztierrisse geben, egal durch welchen Wolf. Der generalisierte Abschuss von Wölfen verstößt nicht nur gegen Artenschutzrecht, sondern verwehrt eine nachhaltige Konfliktlösung. Wir brauchen die Weidewirtschaft und den Wolf.

Schafhaltung im Wolfsgebiet

2018 wurde erstmals ein Wolfsrudel in der deutsch-belgischen Grenzregion gesichtet. Das Rudel der „Förderkulisse (ehemals Wolfsgebiet) Eifel-Hohes Venn“ lebt auf der belgischen Seite, kommt aber immer wieder auch nach Deutschland. Dabei wurden in der Städtereion Aachen auch schon mehrfach Schafe gerissen. Die BUND-Kreisgruppe Aachen-Land verfügt über ein Grundstück in Stolberg-Atzenach am Rande der Eifel, welches sich in einer sogenannten Pufferzone um die Förderkulisse liegt. Dort wurden einige Obstbäume und etliche Heckensträucher gepflanzt sowie Wildblumenstreifen angelegt. Zudem werden auf dieser Fläche Coburger Fuchsschafe, Herdwick-Schafe, ein Tiroler Bergschaf, Skudden und Pommersche Landschaft - alles alte Haustierrassen - gehalten. Der Schafhalter wohnt unmittelbar neben dem BUND-Grundstück. Neben einem normalen Stacheldrahtzaun werden die Schafe in einem 1,50 Meter hohen



Foto: Bernd Roggenkamp

elektrifizierten Zaun gehalten. Zudem sichern zwei Herdenschutzhunde die Schafe. Am Zaun zum Weg hin sind Schilder mit Verhaltenshinweisen für die Spaziergänger und Hundebesitzer aufgehängt. Auf diese Art kann der Schafhalter beruhigt seine Schafe auch mit Wolfsvorkommen halten.

ZUKUNFTSPLANUNG

NEUE ENERGIE

Erneuerbare Energien statt konventionelle Industrie. Das ist das BUND-Konzept für einen newEnergyPark in Datteln und Waltrop.



Seit Jahrzehnten wird in Datteln und Waltrop mit dem „newPark“ ein konventionelles Industriegebiet „auf der grünen Wiese“ geplant. Der BUND hat jetzt eine alternative Planungsidee vorgelegt, die viel Unterstützung findet.

Seit 1978 ist die Fläche von etwa 330 Hektar Größe im Landesentwicklungsplan (LEP) für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben der Industrie reserviert worden. Einen Bedarf dafür gab es aber bis heute nicht. Zudem ist ein solch konventionelles Industriegebiet auch vollkommen aus der Zeit gefallen. Der hohe Flächenverbrauch, Schadstoffeinträge in geschützte FFH-Gebiete und zunehmende Verkehrsbelastungen durch eine noch zu errichtende Straßeninfrastruktur sowie neue Pendlerströme sprechen gegen dessen Realisierung. Dazu gibt es im Raum Datteln/Waltrop bereits genug industriell vorbelastete Flächen für gewöhnliche Gewerbe- und Industriegebiete. Trotzdem hat die Stadt Datteln im Spätherbst 2023 für eine Teilfläche des so genannten „newPark“ einen Bebauungsplan erlassen. Dagegen hat der BUND umgehend eine Normenkontrollklage eingelegt.

ALTERNATIVE ZUKUNFTSPLANUNG

Gleichzeitig hat der BUND mit einem Bündnis aus Naturschutz, Landwirtschaft, Industrie und der Stadt Waltrop die Idee

für einen alternativen „newEnergyPark“ entwickelt.

Anstelle des herkömmlichen Industriegebietes sollen die insgesamt verfügbaren 500 Hektar in kommunalem Eigentum zu einem ökologischen Energiepark werden. „Die Fläche eignet sich ausgezeichnet für Windkraft- und Photovoltaikanlagen, während ein weiterer Verlust an Landwirtschafts- und Naturflächen und zusätzliche Verkehrsbelastungen verhindert werden könnten“, erläutert der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper die Idee. „Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise mit der Gefährdung der zukünftigen Lebensgrundlagen ist die Entwicklung des newEnergyParks überfällig.“

Mit der Weiterentwicklung des „newPark“ zum „newEnergyPark“ ergeben sich ganz andere Zukunftsperspektiven für die Region: Im „newEnergyPark“ soll die Fläche ausschließlich der landwirtschafts- und naturverträglichen Erzeugung, Umwandlung und Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen dienen. Die Fläche soll für die Stromerzeugung mit Windkraftanlagen und Agri-PV-Anlagen verwendet werden. Bis zu 450 Megawatt Leistung an erneuerbaren Energien sind dort nach ersten Abschätzungen installierbar. Die Kommunen würden zudem durch die fälligen Abgaben und Beteiligungsmöglichkeiten



Das „newEnergyPark-Bündnis“ (v.l.n.r.): Hans-Josef Vogel (LEE), Heinz Boller (Ortslandwirt), Thomas Krämerkämper (BUND), Marcel Mittelbach (Bürgermeister Waltrop).

profitieren. Gleichzeitig stünden die Flächen weiterhin für die regionale Produktion von Nahrungsmitteln zur Verfügung. Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Lebensmittelproduktion gingen so Hand in Hand.

Gemeinsam mit der Stadt Waltrop, dem Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) und Landwirtschaftsvertretern hat der BUND die Planung öffentlich vorgestellt. Projektentwickler stehen schon bereit. Jetzt liegt es an den politischen Akteuren, den Weg für diese Zukunftsplanung frei zu machen.



NÄHERE INFOS

www.bund-nrw.de/newEnergyPark



Für eine dezentrale, verbrauchsnahe Stromerzeugung (von links): Petra Schepsmeier, Markus Lakämper, Reinhard Fink, Anette und Ingold Klee sowie Birgit Lutzer.

OSTWESTFALEN

PROTEST GEGEN PHASENSCHIEBER

Die BUND-Kreisgruppen Bielefeld und Gütersloh protestieren mit anderen Verbänden gegen zwei geplante riesige „Phasenschieber“ in einem Gebiet mit schützenswerten Flächen.

Phasenschieber sollen helfen, Lastflüsse im Stromübertragungsnetz gezielt zu steuern. Damit sollen die Auslastung und Stabilität des Stromnetzes verbessert werden. Doch das konkrete Vorhaben der Firma Amprion in Ostwestfalen stößt auf Kritik. Die BUND-Aktiven vor Ort äußerten sie jetzt gegenüber der Bundesnetzagentur. Diese beauftragt die Übertragungsnetzbetreiber (Amprion & Co.) zur Berechnung der jeweiligen Ausbaubedarfe. Das fragliche Projekt ist derzeit im Planungs- und Genehmigungsverfahren - Beteiligung der Öffentlichkeit inklusive. Laut Amprion ist diese Ad-hoc-Maßnahme notwendig, um Engpässe im Übertragungsnetz zu reduzieren.

„Phasenschieber steuern sogenannte Strom-Lastflüsse der großen Übertragungsnetze,“ so Petra Schepsmeier. „Solche Betriebsmittel sind schneller zu realisieren als der eigentlich für die Verteilung erneuerbarer Energien notwendige

Netzausbau. Deswegen priorisiert Amprion diese Netz-Optimierung.“ Die Verbände führen drei Kritikpunkte an: Ist dieser Phasenschieber überhaupt erforderlich - sind also nachweislich Überlastungen zu erwarten? Warum wird der Phasenschieber vor dem Netzausbau priorisiert? „Drittens bezweifeln wir, dass die bereits vorhandenen Umspannanlagen - wie behauptet - als Baustandort ungeeignet sind.“

Der Netzentwicklungsplan der Übertragungsnetzbetreiber basiert vorrangig auf der Ausweitung von Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee. „Ein Ausbau von Wind- und Solarenergie an Land für eine Stromversorgung nahe an den Verbraucherinnen und Verbrauchern wird zu wenig berücksichtigt“, sagt Markus Lakämper. Birgit Lutzer ergänzt: „Die Folge dieser Planungen sind große Stromautobahnen. Über die soll die Energie von Nord nach Süd transportiert werden. Die damit verbundenen Arbeiten haben auch negative Umwelt-Auswirkungen.“

Und genau diese Folgen werden nach Auffassung des BUND viel zu wenig berücksichtigt. Anette Klee: „Das zeigt sich auch

beim Phasenschieber-Vorhaben mitten in einem Lebensraum geschützter Arten.“ Und Reinhard Fink schlägt vor: „Es wäre besser, bereits versiegelte Standorte zu wählen oder vorhandene Umspannwerke auszuweiten. Auch wenn das für das Unternehmen teurer ist.“



MEHR ZUM THEMA
<https://bielefeld.bund.net>

LÜTZERATH: EIN JAHR NACH DER RÄUMUNG

Die Räumung und Abaggerung der Ortschaft Lützerath im Rheinischen Braunkohlenrevier beruhen auf unzutreffenden energiewirtschaftlichen Prognosen. Das belegen die vom Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme (ISE) veröffentlichten Jahreskennzahlen für die RWE-Braunkohlenkraftwerke.

Danach sank die Menge des für die öffentliche Versorgung produzierten Stroms in den RWE-Kraftwerken Neurath und Nieder- außerdem von 37,1 Terawattstunden in 2022 auf 26,5 TWh in 2023. Dieser Rückgang um fast ein Drittel steht im Widerspruch zu der dem „Garzweiler-Deal“ zwischen Bund, Land und RWE zugrunde gelegten Energieprognose. Diese war von einem starken Anstieg auf 41 TWh und damit einem längerfristig anhaltend hohem Niveau des Kohlebedarfs ausgegangen. „Auch vor diesem Hintergrund erscheint die Begründung zur Räumung und Zerstörung Lützeraths im Januar 2023 mehr als fragwürdig. Sie war schlichtweg nicht energiewirtschaftlich zu rechtfertigen“, sagt BUND-Braunkohlenexperte Dirk Jansen. Hier sollten sich alle Beteiligten endlich ehrlich machen.“ Praktisch für RWE: Lützerath als Symbol der Klimabewegung wurde vom Erdboden getilgt.



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/braunkohle



In Jülich lagern 152 CASTOR-Behälter mit strahlendem Inhalt.

Foto: JEN

FÜR EIN ZWISCHENLAGER IN JÜLICH

UNNÖTIGE ATOMTRANSPORTE

Begleitet von Protesten starteten Ende 2023 erste CASTOR-Testfahrten zwischen Jülich und Ahaus. Dabei sind die geplanten Atomtransporte nicht nur risikoreich, sondern auch überflüssig.

288.161 kugelförmige Brennelemente aus dem 1988 stillgelegten AVR-Hochtemperaturreaktor in Jülich harren einer dauerhaften Entsorgung. Seit Jahrzehnten lagern sie - in 152 CASTOR-Behälter eingeschlossen - bei der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN). Grundlage dafür war bis 2013 eine befristete atomrechtliche Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz. Seitdem wird die dortige Lagerung nur geduldet. Da sich keine zeitnahe Genehmigung für das Behälterlager abzeichnete, erteilte das NRW-Wirtschaftsministerium 2014 eine Anordnung zu dessen Räumung. Obwohl parallel dazu mit der Planung eines neuen Zwischenlagers am Standort Jülich begonnen wurde, sollen die CASTOR-Behälter jetzt unter gigantischem Aufwand mitten durch dichtbesiedelte Ruhrgebietsstädte in das Transportbehälterlager (TBL) Ahaus verfrachtet werden, ein Lager, dessen Sicherheit mehr als fraglich ist. Die dortige Leichtbauhalle ist z. B. nicht

gegen Flugzeugabstürze gesichert und wäre nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik nicht mehr genehmigungsfähig.

Für den BUND ist deshalb klar: Die Brennelemente sollen bis zu ihrer Endlagerung da bleiben, wo sie sind. Deshalb muss die Errichtung eines modernen Zwischenlagers in Jülich beschleunigt werden. Bis zu dessen Inbetriebnahme könnte Wirtschaftsministerin Mona Neubaur die jetzige Lagerung weiter dulden und die Räumungsanordnung zurückziehen. Dies ist geboten, weil der eigentliche Grund für diese Anordnung längst weggefallen ist. Denn sie erfolgte aufgrund der vermeintlichen Erdbebengefährdung in Jülich, eine Begründung, die von der zuständigen Bundesbehörde inzwischen als ausgeräumt bewertet wird. Ein solches Vorgehen entspräche auch dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag. Dort heißt es, man setze sich für die Minimierung von Atomtransporten ein und treibe die Option eines Neubaus in Jülich voran.



www.bund-nrw.de/atom

AUS FÜR ATOMMÜLLZENTRUM

Der Protest von BUND und Bürgerinitiativen gegen das geplante Atommüll-Logistikzentrum in Würzgassen war erfolgreich: Am 12. Dezember 2023 verkündete Bundesumweltministerin Steffi Lemke das Aus für das Vorhaben.

Im Jahre 2018 hatten das Bundesumweltministerium und die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) die Planung vorgestellt. 15.000 Atommüllfässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall sollten auf dem Gelände des ehemaligen AKW Würzgassen über einen Zeitraum von 30 Jahren zwischengelagert werden. Danach war vorgesehen, sie im geplanten Endlager Schacht Konrad zu verklappen. Gegen diese Atommülldrehscheibe formierte sich schnell der Protest der gesamten Region; der BUND bereitete sich auf eine Klage vor. Denn von der Einhaltung der Sicherheitsstandards für ein solches Logistikzentrum konnte keine Rede sein. So liegt der geplante Standort mitten im Überschwemmungsgebiet der Weser. Eine hinreichende Verkehrsanbindung existiert nicht. Und die Notwendigkeit für das Lager bezweifelte selbst der TÜV.

Die jetzige Entscheidung für die Beerdigung des Vorhabens begründete die Bundesumweltministerin damit, dass sich das Projekt "aufgrund zu vieler rechtlicher und planerischer Risiken voraussichtlich nicht rechtzeitig und damit auch nicht wirtschaftlich umsetzen" ließe. 60 Millionen Euro wurden bis dato in das Vorhaben gesteckt. Das Endlager Konrad soll jetzt dezentral beliefert werden.



Foto: Kerstin Ciesla



Foto: Dirk Jansen

Natürlicher Hochwasserschutz durch naturnahe Überschwemmungsflächen am Rhein bei Düsseldorf.

HOCHWASSER

ALLE JAHRE WIEDER

Auch durch den Klimawandel bedingt nimmt die Gefahr von Hochwasser zu. Der beste Schutz davor ist eine intakte Natur.

Kaum ist das letzte Hochwasser vorbei, setzt das große Vergessen ein und wirksame Vorbeugemaßnahmen werden torpediert. Was Expert*innen heute als "Hochwasserdemenz" bezeichnen, hat auch die Politik erfasst.

In Nordrhein-Westfalen ist das Phänomen auf allen Ebenen verbreitet. Zwar hat die Landesregierung nach dem verheerenden Sommerhochwasser 2021 einen '10-Punkte Arbeitsplan Hochwasserschutz in Zeiten des Klimawandels' aufgestellt und eine Hochwasserkommission gegründet. Diese hat 2023 aber nur einmal getagt, eine transparente Aufbereitung des verheerenden 2021er-Hochwassers und daraus entwickelte Maßnahmenpakete zur Vorsorge lassen noch immer auf sich warten. Beim Hochwasser im Januar 2024 erklang dann auch bald allein der

Ruf nach besseren Deichen, die wahren Ursachen wurden nicht benannt. „In Zeiten des Klimawandels müssen wir Hochwasser neu denken“, forderte daher der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. "Noch eine neue Talsperre, noch mehr und noch höhere Deiche sind Scheinlösungen aus der Klamottenkiste des Bauingenieurwesens. Was wir jetzt brauchen, sind naturbasierte Lösungen."

NATURBASIERTE LÖSUNGEN

Dazu gehört, den Fließgewässern wieder mehr Raum zu geben und die Überschwemmungsgebiete konsequent von baulichen oder anderen schädlichen Nutzungen freizuhalten. Durch Renaturierungen und Laufverlängerungen von Gewässern würden Deiche teils sogar überflüssig und könnten zurückgebaut

werden. Trotzdem sind in den letzten 30 Jahren bei der Rückgewinnung von natürlichen Überflutungsarealen nur geringe Fortschritte erzielt worden. So musste der BUND zum Beispiel erst klagen, um in Düsseldorf-Himmelgeist eine alte Überschwemmungsfläche wieder dem Fluss zurückgeben zu können. Dabei liegen den Behörden dort entsprechende Pläne bereits seit über 20 Jahren vor. Geschehen ist hingegen nichts. Das liegt auch daran, dass die Behörden zu wenig Einsatz für ökologischen Hochwasserschutz zeigen und personell zu schlecht aufgestellt sind, um die Vorgaben der europäischen Richtlinien zum Gewässer- und Hochwasserschutz umzusetzen.

Vor allem muss die Wasserspeicherkapazität der Landschaft erhöht werden. Der Stopp weiterer Versiegelung, eine ökologische Waldentwicklung, bodenschonende Bewirtschaftungsformen und die Wiederherstellung abflussbremsender Landschaftselemente (zum Beispiel Gehölze und Feldraine) sind angewandter Hochwasserschutz. Auch der Wiedervernässung von Mooren und Sümpfen kommt eine hohe Bedeutung zu: Das Hochwasser, das erst im Fließgewässer sichtbar wird, entsteht vorher, nämlich in unseren großflächig entwässerten Landschaften.



Sigrun Zobel leitet die Natur- und Heilkräuterschule SALIX.

BUND-FORTBILDUNG ZUR KRÄUTERPÄDAGOGIN/ KRÄUTERPÄDAGOGE 2024

Die Natur- und Heilkräuterschule SALIX des BUND in Herten startet am 20. März 2024 eine neue Jahresfortbildung zur Kräuterpädagogin mit Zertifikat.

Die Fortbildung findet an fünf Wochenenden statt und beinhaltet die Vermittlung praxisnahen, ganzheitlichen Grundwissens rund um die Welt der heimischen Wild- und Heilkräuter vor unserer Haustür. Gestartet wird mit dem Thema „Entgiften aus der Wiese“ wobei es um die jungen Frühlingskräuter geht, die gesammelt und sicher bestimmt werden, bevor sie in der Küche und Hausapotheke zum Einsatz kommen. Jede Veranstaltung kann auch einzeln gebucht werden. BUND-Mitglieder erhalten eine Ermäßigung der Kursgebühren. Bildungsschecks NRW oder Bildungsprämien BMBF werden akzeptiert und angerechnet.



INFOS UND ANMELDUNG

Sigrun Zobel, Naturerlebnisgarten Herten
Paschenbergstraße 161, 45699 Herten
Tel. 02366 - 82249
E-Mail: bund-naturerlebnisgarten@t-online.de
www.bund-recklinghausen/herten



TERMINE

Der BUND-Landesverband und viele BUND-Gruppierungen bieten zahlreiche Seminare, Vorträge und Exkursionen an, so zum Beispiel im Rahmen der Kooperation unter dem Dach der Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA).

Alle Termine und weitere Infos: www.bund-nrw.de/termine

Do. 22.02. 10-15 Uhr	Rohstoffnutzung und Ressourcenschutz Kooperationsveranstaltung NUA, BUND, vero. Ort: Umweltministerium Düsseldorf
Sa. 02.03. 10-17 Uhr	Wildvogelpflege in Theorie und Praxis Wildvogel gefunden und unsicher, was zu tun ist? Das Seminar gibt Antworten. Ort: Gut Leidenhausen, Köln
Fr. 15.03. 13-16 Uhr	Obstbaumschnittkurs - junge und mittelalte Obstbäume Ort: Haus der Natur, Kloster Knechtsteden (Dormagen)
Sa. 06.04. 10-17 Uhr	Veredelungskurs Obstbäume Für Hobbygärtner und alle, die auch zukünftig einen Beitrag zum Erhalt alter Obstsorten leisten wollen. Ort: Kürten
Di. 09.04. 17 Uhr	Aktiv auf allen Kanälen: Wie Ihr Eure Umweltanliegen an die Öffentlichkeit bringt Ort: online (Zoom)
Fr. 19.04. 18 Uhr	Kompensation in der Bauleitplanung - Licht und Schatten Ort: Café Museum, Duisburg

KINDERFREIZEITEN IN UND MIT DER NATUR

Auch in 2024 bietet die BUNDjugend NRW wieder eine Vielzahl an Kinderfreizeiten. Weitere Informationen zur „Frühlingsfreizeit am Marienhof“, dem „Bauernhof-Umwelt-Camp“, den „geheimnisvollen Schätzen der Eifel“ und vielen anderen Angeboten gibt es unter www.bundjugend-nrw.de/freizeiten.



IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 24.280 • **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2024. © BUND NRW e.V., Februar 2024